

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Anne Helm und Niklas Schrader (LINKE)

vom 13. März 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 13. März 2020)

zum Thema:

**Aufklärung und Ermittlungen zum Fall des von der Polizei getöteten
Geflüchteten Hussam Fadl**

und **Antwort** vom 24. März 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 26. März 2020)

Frau Abgeordnete Anne Helm und
Herrn Abgeordneten Niklas Schrader (Die Linke)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/22992
vom 13. März 2020
über Aufklärung und Ermittlungen zum Fall des von der Polizei getöteten Geflüchteten
Hussam Fadl

Der Senat konzentriert seine Arbeitsfähigkeit gegenwärtig auf die Bekämpfung der infektionsschutzrechtlichen Gefährdungslage für die Berliner Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage im Namen des Senats von Berlin wie folgt:

1. Am Abend des 27. September 2016 wurde Hussam Fadl von Kräften der Polizei Berlin vor einem Geflüchtetenheim in der Kruppstraße in Moabit erschossen, bis heute konnten die Umstände der Erschießung nicht vollständig aufgeklärt werden. Wird im Fall des am 27. September 2016 getöteten Hussam Fadl noch durch die Polizei oder die Staatsanwaltschaft ermittelt?
2. Welche polizeilichen Dienststellen welcher konkreten Untergliederungseinheiten und wie viele Angehörige dieser Stellen waren jeweils unmittelbar nach dem Tatgeschehen und seit Wiederaufnahme der Ermittlungen infolge des Beschlusses des Kammergerichts vom 27. April 2018 weiterhin regelmäßig mit den Ermittlungen an dem Todesfall betraut?
3. Welche konkreten ermittlungstechnischen Schritte sind im Fall des getöteten Hussam Fadl wann jeweils durch welche jeweiligen polizeilichen Dienststellen unternommen worden? Kam es
 - a.) zu Hausdurchsuchungen,
 - b.) zu Ortsbegehungen,
 - c.) zu Observationen,
 - d.) zum Einsatz von Ermittlungsinstrumenten anderer Art?Wenn ja, welche und wann jeweils, mit welchen jeweiligen Ergebnissen? (Bitte einzeln aufschlüsseln.)
4. Welche Bemühungen welchen Umfangs wurden von welchen Stellen unternommen, um mit welchem Erfolg den nach Pakistan abgeschobenen Hauptzeugen zur Tat befragen zu können und welche dieser Bemühungen wurde nach dem Beschluss des Berliner Kammergerichts durchgeführt, die Befragung nachzuholen?
5. Wie und mit welchem Ergebnis wurden die den Behörden bekannten pakistanischen Wohn- und Herkunftsadressen des abgeschobenen Hauptzeugen nach möglichen Aufenthaltsorten geprüft, um dessen Vernehmung zur Tat durchführen zu können?

6. Welche Formen der Zusammenarbeit mit pakistanischen Behörden und der deutschen Botschaft oder diplomatischen Vertretungen in Pakistan wurden konkret bemüht, um den Aufenthaltsort des abgeschobenen Hauptzeugen zu ermitteln und so dessen Vernehmung zur Tat zu ermöglichen?
7. Aus welchen Gründen wurde bis zum Zeitpunkt der Abschiebung des Hauptzeugen keine Befragung dieses Hauptzeugen zum Tatverlauf durchgeführt und zu welchem Schluss kam das Berliner Kammergericht in der Bewertung der Hinderungsgründe?
8. Aus welchen genauen Gründen wurde bei wie vielen zum Tatgeschehen anwesenden Polizeidienstkräften auf eine Vernehmung als Zeug*innen verzichtet und stattdessen lediglich zeugenschaftliche Äußerungen zu den Ermittlungsakten vorgenommen?
9. Wie konnten die Widersprüche in den Zeug*innenaussagen in Bezug auf die Erschießung Hussam Fadls und der Aussage, dass Polizeikräfte, die sich hinter Hussam Fadl befanden, ein Messer gesehen haben wollen, jedoch nicht die Polizist*innen vor ihm, aufgelöst werden?
10. Zu welcher Art der Konfrontation kam es gegenüber den beklagten Polizeidienstkräften aufgrund der Widersprüche der Aussagen durch andere Zeug*innen in Bezug auf den vermeintlichen Besitz eines Messers von Hussam Fadl?
11. Wie konnten die Widersprüche zwischen den Aussagen der beklagten Polizeibeamten zur Erschießung Hussam Fadls zu der Tatsache aufgelöst werden, dass sich keine Fingerabdrücke des Opfers auf dem später sichergestellten Messer befanden?
12. Welche Kenntnisse über weitere Fingerabdrücke oder DNA-Spuren von welchen weiteren Personen auf dem Messer sind dem Senat bekannt?
13. Aus welchen Gründen wurde das möglicherweise von Hussam Fadl mitgeführte und bei ihm gefundene Messer nicht zunächst am Ort belassen und in die Tatort- und Spurensicherung nach kriminalistischen Richtlinien einbezogen, sondern in ein Polizeifahrzeug gebracht?
14. Von welchem Ort und auf welche Weise gelangte das Messer nach Kenntnis des Senats an den Tatort?
15. Mit welcher Begründung und auf welcher Rechtsgrundlage beschloss die Staatsanwaltschaft die Einstellung des Verfahrens gegen die beklagten Polizeidienstkräfte wegen Notwehr bzw. Nothilfe, obwohl es widersprüchliche Zeug*innenaussagen bezüglich des Vorhandenseins eines Messers und einer damit zusammenhängenden gefährlichen Situation gab?
16. Auf welche konkrete Weise und in welchem Ausmaß war die in das Polizeifahrzeug gebrachte Person, die einer Straftat gegen Fadls Tochter verdächtig war, durch den zum Polizeifahrzeug laufenden Hussam Fadl gefährdet und wie wurde diese Gefährdungslage im Rahmen des Ermittlungsverfahrens ermittelt?
17. In welcher Art und Weise war die Person, die einer Straftat gegen Fadls Tochter verdächtig war, zum Zeitpunkt der Tötung von Hussam Fadl im Polizeifahrzeug fixiert, gegebenenfalls im Polizeifahrzeug eingeschlossen, vor Übergriffen von außen geschützt oder am Entkommen gehindert?
18. Welche genauen Personen waren nach Kenntnis des Senats durch Hussam Fadl im Moment kurz vor dessen Tötung durch Polizeidienstkräfte jeweils konkret in welcher genauen Art und Weise so gefährdet, dass ein Gebrauch der Schusswaffe gegen Fadl eine erforderliche rechtmäßige Maßnahme darstellte?
19. Mit welcher Begründung wurde für eine beim Tatgeschehen unmittelbar anwesende Polizeidienstkraft, die in Folge eines ärztlichen Attests für eine erneute Vernehmung fortan als nicht mehr vernehmungsfähig galt, in Anbetracht ihrer zentralen Rolle in einem Tötungsdelikt zusätzlich zum ärztlichen Attest kein ausführliches ärztliches Gutachten verlangt?
20. Mit welcher Begründung wurde die Vernehmung dieser Polizeidienstkraft nicht nachgeholt, nachdem der Zeitraum des Attests über ihre Nicht-Vernehmungsfähigkeit abgelaufen war, oder alternativ ein erneutes Attest oder ein ärztliches Gutachten zur Vernehmungsfähigkeit verlangt?

21. Welche konkreten Maßnahmen zur Begegnung von Vorfällen sexualisierter Gewalt sind seit dem Jahr 2015 in Unterkünften zur Unterbringung Asylsuchender insgesamt mit welchen jeweiligen Erfolgen ergriffen worden?

Zu 1. bis 21.: Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft dauern derzeit noch fort. Um das Ermittlungsverfahren nicht zu gefährden und um insbesondere etwaige Zeugenaussagen durch Informationen, welche durch die Antworten aus dem Ermittlungsverfahren bekannt werden könnten, nicht zu beeinflussen, sind weitere Angaben derzeit nicht möglich.

Berlin, den 24. März 2020

In Vertretung
Brückner
Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz
Und Antidiskriminierung